

Alexander Wüerst

2.1 Einleitung

Die mittelständisch geprägte Wirtschaft ist ein deutsches Erfolgsmodell. Offen zu Tage getreten ist dies erneut während der Finanzmarktkrise, durch die auch der Realwirtschaft ein tiefer Absturz drohte. In dieser Zeit haben jedoch gerade die robusten mittelständischen Unternehmen entscheidend mit dafür gesorgt, dass die Wirtschaft von einer langanhaltenden Rezessionsphase verschont geblieben ist.

Einer der Eckpfeiler für den nachhaltigen Erfolg mittelständischer Unternehmen ist, dass sich in Deutschland im Laufe der Historie ein plurales Bankensystem etabliert hat, bei dem sich für unterschiedlich ausgerichtete Unternehmen unterschiedliche kreditwirtschaftliche Anbieter entwickelt haben. Dabei haben sich insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit ihren Geschäftsmodellen auf die speziellen Anforderungen mittelständischer Unternehmen und des Handwerks eingestellt. Damit haben sie dazu beigetragen, dass die Finanzierung kleiner und mittlerer Betriebe (anders als in vielen anderen europäischen Ländern) auch während der Finanzmarktkrise jederzeit gesichert war.

All dies ist Grund genug dafür, sowohl die Struktur der mittelständisch geprägten Wirtschaft wie auch die des sie finanzierenden Bankensystems zu schützen, damit die Symbiose aus beidem auch weiterhin ein zentraler Erfolgsgarant für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung bleibt. Anlass zur Sorge bereitet in diesem Zusammenhang jedoch das nach der Finanzmarktkrise aufgekommene Regulierungsklima in der Finanzwelt, in dessen Rahmen die zentralen Notwendigkeiten und Lehren aus der Krise undifferenziert und nicht ausreichend verursachergerecht angegangen werden. Letztlich

A. Wüerst (✉)

Kreissparkasse Köln, Neumarkt 18-24, 50667 Köln, Deutschland

E-Mail: alexander.wuerst@ksk-koeln.de

droht sich dies negativ auf die Finanzierung des Mittelstands und damit auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland auszuwirken.

2.2 Der Traum von der Selbstregulierung der Märkte

Blickt man heute auf die Grundlagen der 2007 im Rahmen der Schieflagen von Bear Stearns in New York und der IKB hierzulande erstmals offen zu Tage getretenen Finanzmarktkrise zurück, so wird schnell deutlich, dass ihre Wurzeln eine lange Historie haben. Bereits in den 90er Jahren war der Zeitgeist (zunächst im angelsächsischen Raum und dann auch in Europa) stark auf einen Rückzug des staatlichen Einflusses auf die Finanzwirtschaft ausgerichtet und damit letztlich auf eine neoliberal geprägte stärkere Dominanz des Privaten über das Staatliche.

Geprägt war diese Entwicklung in den 90er Jahren unter anderem von Forderungen nach weniger Bürokratie und weniger staatlichem Einfluss auf die „freien Kräfte der Märkte“. Zugrunde lag diesen Ansinnen das Credo, dass „der Markt“ über ausreichend selbstregulierende Kräfte verfügen würde und das staatliche „Fesseln“ ihm mehr schaden als nutzen würden. Dementsprechend waren der Staat und seine Bürokratie unter einen steigenden Legitimationsdruck geraten. Parallel dominierte die Börse zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung und es wurden gewaltige Vermögen (auf dem Papier wie auch real) gebildet. Im Zeichen des damit einhergehenden Aktienhypes, der durch den Siegeszug der Informationstechnologie weiter befeuert wurde, bildeten sich gewaltige Finanzspekulationen, die schnell das trügerische „Gütesiegel“ der „New Economy“ oder des „Neuen Marktes“ angeheftet bekamen.

All dies (und ein lang anhaltender Aufschwung der US-Wirtschaft) führte dazu, dass einzelne Ökonomen bereits das Ende der Konjunkturzyklen und (noch schöner) die Geburt eines „krisenfreien Kapitalismus“ verkündeten. Mit dem Platzen der „Dotcom-Blase“ im Jahr 2000 wurde der Öffentlichkeit (und zahlreichen Kleinanlegern) dann erstmals schmerzhaft bewusst, dass dies vor allem Wunschdenken war. Trotzdem setzte sich der Deregulierungstrend weiter fort, was letztlich zu der 2007 aufgezogenen Finanzmarktkrise führte, der zahlreiche Fehlentwicklungen vorausgegangen waren.

2.3 Wegbereiter der Krise

Eine Krise hat meist mehrere Ursachen, deren Summierung und Zusammenwirken erst zu schwerwiegenden Folgen führt. Dies galt auch für die Finanzmarktkrise. Da waren (nur stichpunktartig genannt) der US-Subprimemarkt, Hedgefonds, Ratingagenturen, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Renditegier, unregulierte Off-Shore-Zentren, Leerverkäufe, prozyklische Bilanzierungsregeln, die US-Niedrigzinspolitik, Boni-Exzesse globaler

Investmentbanken und finanzmathematisch goudierte Verbriefungstechniken wie Credit Default Swaps oder Collateralized Debt Obligations.

In dieser Gemengelage war die Abkehr zahlreicher Kreditinstitute von klassischen Bankfunktionen eine der wesentlichen übergeordneten Fehlentwicklungen. Ursprünglich war es die zentrale Aufgabe der Banken, den Geldkreislauf der Realwirtschaft in Gang zu halten, indem sie Einlagen von Kunden annahmen, bündelten und als Kredite an Kunden ausgaben. Als Finanzintermediäre waren Kreditinstitute quasi die „Adern“ im realwirtschaftlichen Körper, durch die das Geld zu den benötigten Stellen floss. Dies waren die klassischen „Kundenbanken“, die sich als Dienstleister für die Realwirtschaft verstanden.

Im Rahmen der Deregulierung der Finanzmärkte haben sich dann weite Teile der Finanzwelt von der realen Wirtschaft entfernt, indem sie dem Irrglauben erlegen waren, sie könnten sich als „Finanzindustrie“ durch komplexe, virtuelle Finanzgeschäfte von der allgemeinen realen Wirtschaftsentwicklung abkoppeln. Parallel wurden in der öffentlichen Meinung Eigenkapitalrenditen von über 25 % gefeiert und zunehmend auch gefordert. Wer diese nicht als „Monstranz“ vor sich hertrug, verstand „nichts vom Geschäft“ und galt schnell als „altbacken und langweilig“. Letztlich verkam die Rendite, die eigentlich die Folge erfolgreichen unternehmerischen Handelns sein sollte, so zum reinen Selbstzweck.

Zu dieser radikalen Renditeorientierung gesellte sich das „Credo des Barwertes“. Immer mehr wurden die Händler der Investmentbanken ausschließlich barwertig gesteuert. In diesem Rahmen wurden sie fast zwangsläufig zu kurzfristig denkenden „Zockern“ erzogen, die bei ihren Geschäftsabschlüssen keinen Wert mehr auf Nachhaltigkeit legten, da diese keinen Einfluss auf die Höhe ihrer Bonuszahlungen hatte. Hand in Hand einher damit ging die allgemeine „Sucht nach Größe“ im Finanzsystem, in deren Rahmen aus einem der Realwirtschaft verpflichteten Finanzsystem ein völlig überdimensioniertes und hochkomplexes Gebilde aus praktisch undurchschaubaren und von den Ratingagenturen trotzdem mit bester Bonität versehenen Kunstprodukten entstand. Seitdem ist es auch üblich, dass in den Handelsräumen internationaler Großbanken teilweise mehr Mathematiker, Physiker und Ingenieure anzutreffen sind als klassische „Banker“.

Im Ergebnis kam es dann ab Sommer 2007 und so richtig mit der Lehman-Pleite im September 2008 zu der Finanzmarktkrise, die letztlich -wie es der damalige Bundespräsident Köhler sagte- das „Ergebnis von Freiheit ohne Verantwortung“ war.

Die Krise hat verdeutlicht, dass die vorhandene Regulierung für die Finanzwelt nicht zielgenau genug war. Die Möglichkeiten für Banken, Risiken weit über ihr eigenes Haftungspotenzial hinaus zu hebeln, haben ganze Staaten in ökonomische Schwierigkeiten gebracht und zu erheblichen Wohlstandsverlusten in den Volkswirtschaften geführt. In diesem Rahmen wurde die Politik als Regelsetzerin mehr und mehr zur „Geisel der Kapitalmärkte“, was sich insbesondere an den mit marktwirtschaftlichen Prinzipien kaum in Einklang zu bringenden Entscheidungen zur Rettung zahlreicher Banken zeigte. „Too big to fail“ ist seitdem ein aus volkswirtschaftlicher Sicht höchst zweifelhaftes Gütesiegel für eine Großbank.

2.4 Zentrale Notwendigkeiten noch offen

Als Folge der Krise haben die G20 im Rahmen ihrer Gipfeltreffen in Washington, London und Pittsburgh zentrale Notwendigkeiten formuliert. Insbesondere ging es dabei darum, den systemischen Einfluss der Ratingagenturen abzubauen, weltweit wirksame Regeln, mit denen systemgefährdenden Spekulationsgeschäften Einhalt geboten werden kann, zu implementieren, die Abhängigkeiten der Politik bzw. der Volkswirtschaften von systemrelevanten Banken und den von diesen ausgehenden Stabilitätsgefahren abzubauen, die Finanzwirtschaft stärker an der Risikovorsorge für künftige Krisen zu beteiligen, das Eigenkapital zu stärken und die Risiken der Schattenbanken abzubauen. Übergeordnetes Ziel war es dabei, dass keine Bank Staaten und Volkswirtschaften mehr ins Wanken bringen können sollte. Am Anfang der Krise bestand große globale Einigkeit, an diesen Notwendigkeiten und damit an der „Wurzel des Übels“ anzusetzen. Damals jagte eine Krisenkonferenz die nächste. Und nach jeder wurde verkündet, dass globale Großbanken, Investmenttrusts oder Hedgefonds nunmehr an die Kette gelegt würden. Im Zeitablauf war dann jedoch eine stetig abnehmende Zielstrebigkeit zu beobachten, diese „dicken Bretter“ tatsächlich durchschlagend anzugehen.

Mit Basel III oder den mit dem Ziel der Schonung der Staatsfinanzen zu erstellenden Sanierungs- und Abwicklungsplänen wurden mittlerweile zwar einige große und teilweise leider undifferenziert ausgestaltete Maßnahmen auf den Weg gebracht; es besteht jedoch im Zusammenhang mit den zentralen Lehren der Krise weiterhin Handlungsbedarf. So fehlt beispielsweise bis heute eine wirkliche Reform des Ratingsystems. Auch beträgt das Volumen der weltweit außerbörslich gehandelten Derivate immer noch mehr als das zehnfache der globalen jährlichen Wirtschaftsleistung, was letztlich bedeutet, dass es nach wie vor enorme Spekulationsgeschäfte ohne realwirtschaftlichen Hintergrund gibt. Auch werden die Schattenbanken immer noch unzureichend beaufsichtigt mit der Gefahr, dass immer mehr Geschäfte in diesen unregulierten Teil des Finanzsektors abwandern. Dementsprechend beträgt das Volumen der Schattenbanken heute über 70 Billionen US-\$, was seit dem Beginn der Finanzmarktkrise eine nochmalige Steigerung um 15% bedeutet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Überlegungen richtig sein können, dass Hedgefonds künftig erst bei einem Geschäftsvolumen von 400 bis 600 Mrd. US-\$ als systemrelevant eingestuft werden sollen, Banken jedoch schon bei 30 Mrd. €.

Zu berücksichtigen ist des Weiteren, dass Gefahren für die Finanzmarktstabilität nicht nur von „Schattenbanken“, sondern zunehmend auch von in der öffentlichen Diskussion wenig beachteten „Schattenbörsen“ ausgehen. Rund 60% des Handelsvolumens der 30 DAX-Werte läuft mittlerweile über weitgehend unregulierte, anonyme und intransparente Handelsplattformen abseits der Börsen auf dem Wege der Internalisierung. Marktteilnehmer sind hier insbesondere Banken und Großanleger. Käme es in einem dieser „Dark-Pools“ zu einem Crash, könnte dieser das gesamte Finanzsystem infizieren und die nächste Krise stünde vor der Tür. Und zumindest mittelbar würde diese dann auch wieder die Realwirtschaft und damit die mittelständischen Unternehmen treffen.

2.5 Regulierungssturm in Folge der Finanzmarktkrise

Statt einer Fokussierung auf die ursprünglich angestrebten Kernmaßnahmen hat sich im Nachgang der Finanzmarktkrise inzwischen eine kaum mehr zu bewältigende Flut einzelner und wenig aufeinander abgestimmter Regulierungsmaßnahmen entwickelt, die die gesamte Kreditwirtschaft weitgehend losgelöst von ihren Geschäftsmodellen trifft. Dabei sind in der jüngeren Vergangenheit immer mehr Regulierungsschritte angegangen worden, die zu wenig an den oben angeführten Defiziten ansetzen und stattdessen vor allem Kreditinstitute mit realwirtschaftlichem Geschäftsmodell treffen, wie es in Deutschland insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind. Kurz gesagt setzt die Regulierung in vielen Punkten damit genau dort an, wo nicht der Kern der Krise lag: am klassischen, kundenbasierten Bankgeschäft. Auch vor diesem Hintergrund gehen Untersuchungen davon aus, dass sich die direkten und indirekten Regulierungskosten in der Kreditwirtschaft alleine in Deutschland mittlerweile auf neun Milliarden Euro jährlich summieren und dass in den vergangenen Jahren bereits jeder vierte Euro, der für bankinterne Projekte aufgewendet wurde, in die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen floss; Tendenz steigend.

Neben der Quantität der regulatorischen Maßnahmen muss auch berücksichtigt werden, dass deren Komplexitätsgrade immer größer werden. So hatten beispielsweise die Eigenkapitalvorschriften von Basel I Ende der achtziger Jahre einen Umfang von gerade einmal 30 Seiten. 1996 kamen die Risikoergänzungen, 1998 die Mindestanforderungen an den Handel und 1999 die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft hinzu, die allesamt ebenfalls je rund 30 Seiten umfassten. Basel II aus 2004 brachte es dann bereits auf 350 Seiten, was jedoch nichts gegen Basel III ist, das inklusive der zu erwartenden rund 150 technischen Standards letztlich an die 4500 Seiten umfassen dürfte.

Das zentrale Problem des aktuellen Regulierungsgeschehens ist jedoch nicht die einzelne Maßnahme, sondern die Summe der nicht miteinander koordinierten Einzelmaßnahmen. Auf diese Problematik hat auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann bereits 2013 im Handelsblatt hingewiesen, als er sagte: „*Die Vielzahl der Initiativen erschwert den Überblick und die Folgenabschätzung*“. Die Erfahrungen aus der Praxis untermauern diese Aussage: Viele der neuen Regelungen wurden isoliert entworfen, prallen nun in der Praxis aufeinander und wirken in ihrer Gesamtheit auf die Geschäftspolitik der Banken und damit auch auf ihre Verbindungen zu den mittelständischen Unternehmen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist die vom Bundesfinanzministerium und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Ende 2014 initiierte Gesamtanalyse der Wechselwirkungen der Finanzmarktregulierung ausdrücklich zu begrüßen.

2.6 Der Mittelstand – das Rückgrat der Volkswirtschaft

Nicht zuletzt aufgrund der Stärke der mittelständischen Unternehmen hat Deutschland die Zeiten der Finanzmarktkrise -insbesondere auch im Vergleich mit vielen anderen EU-Ländern- gut überstanden und in den vergangenen Jahren sehr erfreuliche Erfolge bei

Wachstum, Beschäftigung und Export erzielt. Auch gelang es den mittelständischen Unternehmen, trotz der realwirtschaftlichen Belastungen in Folge der Finanzmarktkrise, ihre Eigenkapitalausstattung in den vergangenen Jahren sukzessive zu erhöhen und im Jahre 2012 die 20-Prozentmarke bei der Eigenkapitalquote zu übersteigen. Damit sich die Unternehmen in Deutschland weiterhin positiv entwickeln können, brauchen sie unter anderem eine leistungsfähige Kreditwirtschaft, die sie bei ihren Investitionsvorhaben begleitet.

Vor diesem Hintergrund müssen bei der Beurteilung der regulatorischen Entwicklungen stets zwei Sphären berücksichtigt werden. Denn neben den Auswirkungen der neuen Regeln auf die Banken bzw. ihr Potenzial, Verwerfungen auf den Kapitalmärkten zu verhindern, ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung, welche Auswirkungen sie auf die Finanzierung der Unternehmen haben. Dabei muss aktuell konstatiert werden, dass der dargestellte Regulierungsturm in der Finanzwelt mittelbar auch Risiken für die Entwicklung der mittelständischen Unternehmen, die auf eine gesicherte kreditwirtschaftliche Versorgung angewiesen sind, beinhaltet. Und wenn man sich vor Augen führt, wer in Deutschland den Großteil der Realwirtschaft repräsentiert, dann wird schnell deutlich, dass es sich hierbei nicht um ein „Nischenproblem“ handelt. So stehen die rund dreieinhalb Millionen mittelständischen Betriebe für gut 35 % des Gesamtumsatzes aller Unternehmen und erbringen über die Hälfte der gesamten unternehmerischen Wirtschaftsleistung. Noch deutlicher wird ihre Bedeutung bei der Betrachtung ihrer Rolle als Arbeitgeber: 60 % der Beschäftigten sind bei einem mittelständischen Unternehmen angestellt. Und auch für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland spielt der Mittelstand eine herausragende Rolle. Ersichtlich ist dies unter anderem daran, dass er fast 85 % der Ausbildungsplätze stellt. Der Mittelstand ist dementsprechend das Rückgrat der Volkswirtschaft und ein Schlüsselfaktor für ihre weitere Entwicklung.

Bei allen Regulierungsmaßnahmen im Finanzsystem müssen daher auch deren mittelbare Auswirkungen auf die Realwirtschaft berücksichtigt werden. Wenn das unterbleibt, könnten mittelfristig „Englische Verhältnisse“ drohen, wo realwirtschaftliche Kreditinstitute im Rahmen des „Thatcherismus“ wegereguliert wurden mit der Folge, dass kleinen und mittleren Unternehmen praktisch keine Banken „auf Augenhöhe“ mehr zur Verfügung stehen. Heute wird mühsam versucht, dies zu korrigieren.

2.7 Eigenkapitalanforderungen und Kreditversorgung des Mittelstands

Wie real sich die regulatorische Entwicklung im Finanzsystem mittlerweile auf die mittelständischen Unternehmen auszuwirken droht, ist an vielen Stellen bereits erkennbar. Dabei sind die für die Entwicklung der Unternehmen zentralen Regulierungsmaßnahmen sicherlich die vom Baseler Ausschuss für Bankenregulierung entwickelten Basel-III-Regelungen, die bis 2019 sukzessive in Kraft treten. Ihr begrüßenswertes Ziel es ist, die Widerstandskraft sowohl einzelner Kreditinstitute wie auch die des gesamten Finanzsystems zu erhöhen und krisenresistenter zu machen. Kernelemente der neuen Vorschriften sind

höhere Eigenkapitalanforderungen, die Einführung einer Verschuldungsobergrenze sowie die Einhaltung quantitativer Refinanzierungs- und Liquiditätsvorgaben. Diese neuen Anforderungen sind auch für mittelständische Unternehmen von Bedeutung, da sie Auswirkungen auf die Kreditvergabemöglichkeiten der Kreditinstitute haben werden -und zwar an mehreren Stellen.

Zunächst einmal muss ganz allgemein konstatiert werden, dass die Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung von Banken das klassische Kreditgeschäft mit der Realwirtschaft bereits in der Vergangenheit über Gebühr belastet haben. Denn die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass die Kreditwirtschaft für klassische Unternehmenskredite rund zwanzigmal mehr Eigenkapital zurücklegen musste, als es zur Deckung von Verlusten notwendig gewesen wäre. Umgekehrt hat das zur Deckung von Verlusten aus Handelsgeschäften hinterlegte Eigenkapital in der Krise nicht ausgereicht, um die dort entstandenen Verluste zu decken. Dementsprechend fördert die Regulierung Spekulationsgeschäfte zu Lasten der realwirtschaftlichen Entwicklung und sorgt dafür, dass Unternehmenskredite teurer sind, als sie eigentlich sein müssten. Und daran wird sich wohl so schnell auch nichts ändern. Denn die Kapitalanforderungen für Marktrisikopositionen sind zwar zwischenzeitlich gestiegen; da im Rahmen von Basel III aber auch die Eigenkapitalanforderungen im Kreditgeschäft steigen, bleibt eine Verzerrung zu Lasten der Kreditrisiken bestehen.

Das angestrebte Ziel, den Anteil qualitativ höherwertigen Eigenkapitals der Banken zu steigern, um das Finanzsystem sicherer zu machen, weist grundsätzlich in die richtige Richtung. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass Eigenkapital auch der geschäftsbergrenzende Faktor für Kreditinstitute ist. Eine höhere Unterlegung von Risikoaktiva mit Eigenkapital wird institutsabhängig differenzierte Auswirkungen haben. Banken, die ihre Eigenkapitaldefizite nicht beseitigen können, dürften gezwungen sein, ihre Kreditvergabe einzuschränken. Wäre dies bei zu vielen Banken der Fall, könnte eine „aufsichtsrechtlich verordnete Kreditklemme“ drohen. Und Banken, die eine Eigenkapitalstärkung über Gewinnthesaurierungen oder Kapitalerhöhungen herbeiführen müssen, werden dies wohl nur auf der Basis einer höheren Ertragskraft realisieren können. Dies wiederum könnte zu einer Anhebung der Konditionen im Kundengeschäft führen, was letztlich zu einer Verteuerung der Kreditversorgung für die Unternehmen führen würde. Beide Entwicklungen würden sich letztlich in ihrer Summe auch negativ auf die konjunkturelle Entwicklung auswirken.

Und weiterer negativer Einfluss auf die Kreditkonditionen der mittelständischen Unternehmen droht bereits: im Rahmen der Basel III-Umsetzung müssen Mittelstandskredite bis zu 1,5 Mio. € zurzeit nicht mit zusätzlichem Eigenkapital unterlegt werden. Grundlage hierfür war unter anderem eine wissenschaftliche Studie der Deutschen Bundesbank, nach der Entlastungen bei der Kapitalunterlegung von Mittelstandskrediten aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Risiken gerechtfertigt sind. Demgegenüber vertritt jedoch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) die Position, dass Eigenkapitalentlastungen bei Mittelstandskrediten nicht angemessen seien. Sie stützt sich dabei unter anderem auf die aus der täglichen Praxis nur schwer nachvollziehbare Argumentation, dass mittelständische Unternehmen eher höheren Risiken ausgesetzt seien als größere Unternehmen, da

sie einen erschwerten Zugang zum Kapitalmarkt hätten und daher stärker auf Bankkredite angewiesen seien.

Nicht zuletzt aufgrund dieser mittelstandskritischen Argumentation der EBA hat diese von der EU-Kommission zwischenzeitlich den Auftrag erhalten, eine Analyse durchzuführen, ob und inwieweit reduzierte Kapitalunterlegungen bei Mittelstandskrediten gerechtfertigt sind. Im Interesse der drei Millionen mittelständischen Unternehmen und des Handwerks in Deutschland ist zu hoffen, dass die EU die Kreditversorgung der Realwirtschaft künftig nicht dadurch noch weiter belastet, in dem sie in Folge der EBA-Analyse die Eigenkapitalanforderungen erhöht. Denn in diesem Falle würde ein (Fehl-)Anreiz für Kreditinstitute geschaffen, realwirtschaftliche Investitionen in einem geringeren Ausmaß zu finanzieren und ihr Heil wieder stärker auf den globalen Kapitalmärkten zu suchen. Die vergangene Krise lässt grüßen.

2.8 Kennzahlen-Cocktail belastet Unternehmensfinanzierung

Neben den steigenden Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung bringen auch die mit Basel III initiierten Kennziffern Risiken für die Mittelstandsfinanzierung. Mit der neuen Kennziffer „Leverage Ratio“ soll das grundsätzlich zu begrüßende Vorhaben, eine exzessive Verschuldung von Kreditinstituten zu verhindern, angegangen werden. Diese Verschuldungsobergrenze birgt in der vorgesehenen Form jedoch die Gefahr, dass der mit der Beschränkung des Geschäftsvolumens einhergehende Gewinnrückgang von Banken mit renditeträchtigerem und demzufolge riskanterem Geschäft kompensiert wird und das hierfür renditeschwächere Geschäftsfelder zurückgefahren werden. Dies könnte zum einen die Kommunalfinanzierung treffen, bei einigen Banken aber auch in die klassische Unternehmensfinanzierung hineinwirken. So könnten zum Beispiel risikoarme gedeckte Exportkredite oder Außenhandelsfinanzierungen an den Rand gedrängt werden, was letztlich die volkswirtschaftlich sinnvolle Internationalisierung von mittelständischen Unternehmen behindern könnte.

Darüber hinaus beinhaltet Basel III weitere Neuerungen, die sich auf die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation der Finanzwirtschaft und ihr Kreditgeschäft auswirken können. Hierbei ist zum einen die Liquidity Coverage Ratio zu nennen. Mit dieser auf einen Monat angelegten kurzfristigen Liquiditätskennzahl soll erreicht werden, dass Banken in Krisensituationen ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können. Dies ist zu begrüßen. Nicht zu begrüßen ist jedoch, dass hierfür in erster Linie Staatsanleihen und Zentralbankguthaben vorgehalten werden müssen und die Anrechnung von Unternehmensschuldverschreibungen und Pfandbriefen von hoher Qualität nicht in gleichem Maße möglich ist, was auf Dauer ein weiteres die Unternehmensfinanzierung belastendes regulatorisches Element ist. Des Weiteren zu nennen ist der Net Stable Funding Ratio, mit dem die Refinanzierungssituation der Kreditinstitute über einen Zeitraum von einem Jahr betrachtet und die Fristentransformation der Kreditwirtschaft eingeschränkt werden soll. Träte dieser wie vorgesehen in Kraft, würden die Möglichkeiten der Banken, langfristige

Kredite durch kurzfristige Einlagen zu refinanzieren, eingeschränkt und die in Deutschland traditionell langfristige und damit für die Unternehmen gut kalkulierbare nachhaltige Finanzierungskultur wäre nicht mehr wie bisher fortzuführen. Auch würde damit das Zinsänderungsrisiko letztlich auf die Unternehmen verlagert, sodass sich Zinsturbulenzen künftig direkt auf ihre Finanzierung und Liquiditätsplanung auswirken würden. Letztendlich würde durch die Kennziffer eine der zentralen volkswirtschaftlichen Funktionen des Bankensektors beschnitten, die darin besteht, den Wunsch der Anleger nach kurzfristigen, liquiden Geldanlagen mit dem Wunsch der Kreditnehmer nach langfristigen stabilen Finanzierungen zu harmonisieren.

2.9 Zwischenfazit Basel III

Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten lässt sich für Basel III insgesamt konstatieren, dass es wenig sinnvoll sein kann, wenn infolge der dargestellten Eigenkapital-, Verschuldungs-, Refinanzierungs- und Liquiditätsvorgaben zum einen Anreize für die Kreditwirtschaft geschaffen werden, Finanzierungsmittel aus dem Kundengeschäft abzu ziehen, um sie stattdessen an den Kapitalmärkten einzusetzen und zum anderen Unternehmenskredite in den Jahren nach der endgültigen Einführung von Basel III auf Dauer ein knapperes und teureres Gut werden.

Auch bleibt festzuhalten, dass es wenig sinnvoll war, dass sich die EU dafür entschieden hat, Basel III im Wege einer Rechtsverordnung umzusetzen. Da diese für alle Mitgliedsstaaten „1:1“ gilt, wurde hier die Chance für eine zielgerichtete Implementierung vertan, die Raum für die Berücksichtigung individueller Besonderheiten der nationalen Volkswirtschaften und deren Anforderungen an die Kreditversorgung gelassen hätte. Dies wäre jedoch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen innerhalb der EU-Staaten sinnvoll gewesen. So ist beispielsweise die mittelständisch geprägte deutsche Unternehmenslandschaft mit ihrer tiefen Verwurzelung in der Realwirtschaft nicht ohne weiteres mit der britischen vergleichbar, in der ein erheblicher Teil des Bruttoinlandsprodukts vom Finanzsektor geschaffen wird. Um diese wenig praxisfreundliche Umsetzung von Basel III zumindest in Teilen zu heilen, sollte im Rahmen der weiteren Ausgestaltung der „technischen Umsetzungs- und Durchführungsstandards“ auf eine möglichst hohe Flexibilität geachtet werden.

Hinsichtlich der direkten Auswirkungen von Basel III auf die mittelständischen Unternehmen ist festzuhalten, dass diese unterschiedlich betroffen sein werden. Für Unternehmen mit Top-Bonität, die aufgrund ihrer Größe einen direkten Zugang zum Kapitalmarkt haben, dürfte sich die Chance auf vergleichsweise günstige Finanzierungsbedingungen ergeben, da die Nachfrage nach erstklassigen hochliquiden Schuldverschreibungen zunehmen dürfte. Mengenmäßig stellen diese Unternehmen jedoch die Minderheit in der mittelständischen deutschen Unternehmenslandschaft dar. Für den Großteil der Unternehmen, die auch weiterhin auf den klassischen Bankkredit als Finanzierungsquelle zählen, drohen sich die Finanzierungskosten zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für Kreditnehmer

mit durchschnittlicher Bonität und Eigenkapitalausstattung. Statt jedoch Basel III zu überarbeiten und damit die Kreditversorgung der Unternehmen in der EU zu fördern, widmet sich die EU bereits den nächsten regulatorischen Großvorhaben, die sich ebenfalls negativ auf die Unternehmensfinanzierung hierzulande auswirken könnten. So gibt es aktuell Überlegungen für ein „EU-Sparbuch“, dessen Renditen subventioniert werden sollen. Das darüber zum Beispiel in Deutschland eingesammelte und damit nicht mehr für die Mittelstandsfinanzierung hierzulande zur Verfügung stehende Kapital soll als Kredite an Unternehmen in EU-Krisenländern oder zur Finanzierung öffentlicher Großprojekte vergeben werden. Darüber hinaus wird auf internationaler Ebene bereits an „Basel IV“ gearbeitet.

2.10 Transparenz über Wechselwirkungen fehlt

Die Finanzmarktkrise hat die globale Ökonomie in einem vorher kaum vorstellbaren Maße erschüttert. Mit zahlreichen Ad-hoc Maßnahmen ist es Politik und Aufsehern jedoch gelungen, einen finalen Kollaps des globalen Finanzsystems abzuwenden. Fast zwangsläufig ist die Regulatorik im Anschluss daran vom Extrem der Deregulierung in das Extrem der Überregulierung gefallen, ohne die daraus resultierenden ökonomischen Folgewirkungen ausreichend zu beachten. So weiß heute niemand genau, wie sich die zahlreichen Regulierungsmaßnahmen unter dem Strich auf die Realwirtschaft auswirken. Auch ist weitgehend unbekannt, inwieweit die verschiedenen, teilweise unkoordinierten, weltweiten, europäischen und nationalen Maßnahmen kumulativ wirken und zu welchen unerwünschten „Risiken und Nebenwirkungen“ dies führen kann. Von daher ist die Finanzwelt von einem in sich logischen, geschlossenen Regulierungssystem noch weit entfernt. An dieser Stelle besteht dringender Handlungsbedarf für den sich ein mehrstufiges Vorgehen anbietet.

Zunächst empfiehlt sich ein regulatorisches „Moratorium“, um der Kreditwirtschaft die Möglichkeit zu geben, die zahlreichen neuen Vorschriften mit der erforderlichen Qualität umsetzen zu können, ohne dass dies aufgrund von Kapazitätsengpässen über Gebühr zu Lasten der eigentlichen Tätigkeit der Banken geht, konkret der Betreuung ihrer Kunden. Zum zweiten sollte die Zeit des Moratoriums auch dafür genutzt werden, auf europäischer Ebene eine fundierte Untersuchung zu den Auswirkungen der Regulatorik auf die Kreditversorgung der Realwirtschaft durchzuführen. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Aussage von EU-Finanzkommissar Hill, dass er prüfen lassen möchte, inwieweit die zahlreichen neuen regulatorischen Vorgaben zusammenwirken und an welchen Stellen nachgebessert werden sollte. Darüber hinaus sollte eine solche Studie auch die Auswirkungen der einzelnen Regulierungsmaßnahmen auf andere klassische Bankfunktionen untersuchen, beispielsweise auf die Anlageberatung. Für Deutschland ist eine derartige Studie bereits vom Bundesfinanzministerium und der BaFin durchgeführt worden, was nicht zuletzt vor dem Hintergrund der dargestellten besonders von mittelständischen Unternehmen geprägten Wirtschaftsstruktur und dem dazugehörigen pluralen Bankensektor sehr zu begrüßen ist. Bei den sich aus dieser Studie ergebenden regulatorischen Behinderungen der realwirtschaftlichen Entwicklung muss nun mit entsprechenden Maßnahmen gesteuert werden.

Mittelstand - Motor und Zukunft der deutschen
Wirtschaft

Erfolgskonzepte für Management, Finanzierung und
Organisation

Fahrenschon, G.; Kirchhoff, A.G.; Simmert, D.B. (Hrsg.)

2015, XXXI, 609 S. 127 Abb., 80 Abb. in Farbe.,

Hardcover

ISBN: 978-3-658-09048-7